



Presseschau vom 18.09.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die *Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

De.sputniknews.com: Die syrische Führung wird Moskau im Fall der Fälle möglicherweise um eine militärische Präsenz ersuchen, um gemeinsam gegen den Terrorismus zu kämpfen. Das erklärte Syriens Außenminister Walid al-Muallim am Donnerstag in einem Interview des staatlichen syrischen Satellitensenders.

„Im Notfall werden wir die russische Armee bitten, auf der Seite unserer Kräfte zu kämpfen“, sagte er.

Vormittags:

Dan-news.info: Die Nacht verlief in den frontnahen Städten und Bezirken der DVR ohne Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen, das Regime der Ruhe wurde beachtet, teilten heute die Leiter der Stadt- und Bezirksverwaltungen mit.

„Bei uns ist alles still und ruhig, Gott sei Dank“, sagte der stellvertretende Leiter des Petrowskij-Bezirks Sergej Tschub. Auch in den Bezirken Kujbyschewskij, Kirowskij und Kiewskij der Hauptstadt ist die Lage ruhig.

Die Behörden der Bezirke Jasinowataja, Nowoaswosk und Telmanowo der DVR berichteten auch über die Einhaltung des Waffenstillstands von Seiten der ukrainischen Streitkräfte. „Die Nacht verlief ruhig, alles ist in Ordnung“, sagte der Leiter des Telmanowo-Bezirks Sergej Iwanow.

Über Ruhe in der letzten Nacht berichteten auch die Verwaltungen von Gorlowka und Makejewka.

De.sputniknews.com: Die EU und die USA stellen sich laut Bloomberg auf eine Verlängerung der Russlandsanktionen ein, weil sie gegen Jahresende eine negative Entwicklung bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen erwarten.

Wie die Nachrichtenagentur unter Berufung auf eine Quelle im Kreml meldet, soll beim „Normandie-Vierergipfel“ am 2. Oktober in Paris eine Verlängerung der Minsker Vereinbarungen erörtert werden. Eine solche Verlängerung würde allerdings laut ranghohen Beamten in Deutschland, Frankreich und den USA eine Beibehaltung der Sanktionen bedeuten.

Zugleich sei nicht ausgeschlossen, zitiert die Agentur einen anonymen westlichen Beamten, dass einige Sanktionen im Interesse eines Kompromisses aufgehoben würden.

Die ukrainische Regierung sei gegen eine Verlängerung der Frist für die Umsetzung der Friedensvereinbarungen, so Bloomberg.

Die Frist für die EU-Sanktionen läuft Ende Januar ab. Ihre Verlängerung erfordert die Zustimmung aller 28 EU-Mitglieder. Nach Angaben der Kreml-Quelle, auf die sich Bloomberg beruft, wird die Überwindung von Meinungsdivergenzen hinsichtlich der Abhaltung von Wahlen in den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk gemäß den ukrainischen Gesetzen mindestens bis Mitte 2016 dauern.

Lug-info.com: Die ukrainischen Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feuereinstellung im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR verletzt.

Um 7:45 am 17. September wurde ein Beschuss mit leichten Schusswaffen und großkalibrigen Maschinengewehren „Utes“ aus Richtung Luganskoje auf das Gebiet von Kalinowka festgestellt.

Um 3:30 am 18. Oktober haben die Kiewer Truppen wieder das gleiche Gebiet mit gleichartigen Waffen beschossen.

Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung und den Soldaten gibt es nicht.

De.sputniknews.com: Zwei Bürger Deutschlands sind in Moskau von der Polizei festgehalten worden, nachdem die beiden am Donnerstagabend an der Kreml-Mauer einen Quadrocopter über das Kreml-Gelände gestartet hatten.

Wie der Radiosender „Echo Moskwy“ am Freitag mitteilte, wollten die Festgenommenen per Drohne Kreml-Ansichten filmen, um sie dann im Internet hochzuladen.

Gegen einen der Festgehaltenen wurde ein Protokoll wegen ordnungsrechtlichen „Verstoßes gegen die Regeln zur Luftraumnutzung“ erstellt.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30438/88/304388895.jpg>

<iframe width="854" height="480" src="https://www.youtube.com/embed/jB5nOFdsQ2Q" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/jB5nOFdsQ2Q>

Lug-info.com: Fünf Strafgefangene der Lugansker Strafvollzugsanstalt, die zuvor als Untersuchungsgefängnis Nr. 17 bekannt war, haben den Vorschlag des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz abgelehnt, in die Ukraine zum Absitzen ihrer Strafe verlegt zu werden. Dies teilte der Leiter der Strafvollzugsanstalt, der Oberst des inneren Dienstes Andrej Sokolskij mit.

„Vom IKRK kam der Vorschlag, eine Reihe Gefangener aus dem Lugansker Untersuchungsgefängnis auf das Territorium der Ukraine zu bringen. Wir haben den Gefangenen vorgeschlagen einen Antrag dazu zu schreiben, aber sie haben sich alle geweigert“, sagte Sokolskij.

Weder die Leitung der Strafvollzugsabteilungen der Innenministeriums der LVR noch die Gefangenen des Lugansker Gefängnisses selbst verstehen, nach welchen Kriterien eine Liste mit fünf Personen aufgestellt wurde, weil keiner von ihnen auf dem von Kiew kontrollierten Territorium Verwandte hat.

De.sputniknews.com: Für eine weitere Zuspitzung der Lage im Donezbecken (Donbass) könnten die Regionalwahlen und die Ankündigung einer Integration mit Russland sorgen, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Freitag.

Der am Mittwoch vom Oberhaupt der Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, unterzeichnete Erlass über die Abhaltung von mit der Ukraine nicht abgestimmten Regionalwahlen sorgte für eine heftige Reaktion der ukrainischen Behörden. Zudem verkündete das Oberhaupt der Volksrepublik Lugansk, Igor Plotnizki, dass es für den Donbass nur einen Weg gebe – die Integration mit Russland. Kiew zufolge instruiert Moskau die Anführer der selbsternannten Volksrepubliken, eine neue Welle der Konfrontation loszutreten.

Dass die Volksrepubliken Donezk und Lugansk eigene Regionalwahlen abhalten werden, wurde Anfang Juli bekanntgegeben. Damals sagte Sachartschenko, dass die ukrainischen Behörden bei ihren Maßnahmen immer auf die Minsker Vereinbarungen verweisen, sie jedoch in der Tat ignorieren. Laut den Oberhäuptern der Volksrepubliken sahen die Minsker Vereinbarungen vom Februar einen direkten Dialog zwischen Kiew und der Führung der Volksrepubliken vor. In diesem Format hätte auch die Reform der ukrainischen Verfassung besprochen werden sollen, anschließend hätten die Volksrepubliken einen Sonderstatus erhalten und die Regionalwahlen festgelegt werden sollten.

Doch Poroschenko lehnte von Anfang an Verhandlungen mit den Anführern der Volksrepubliken ab, weil Kiew sie als Terroristen einstufte. Der Dialog sollte mit den neuen

Behörden geführt werden. Laut Kiew sollen diese neuen regionalen Behörden nach der ukrainischen Gesetzgebung, den OSZE-Standards, unter Aufsicht internationaler Organisationen gewählt werden.

Am Mittwoch wurde in Minsk der letzte Versuch unternommen, eine gemeinsame Sprache zu finden. In der weißrussischen Hauptstadt fand eine geschlossene Sitzung der Ukraine-Kontaktgruppe für politische Fragen (Ukraine-OSZE-Russland plus Vertreter der Volksrepubliken Lugansk und Donezk) statt. Das Treffen endete anscheinend ohne Ergebnisse, jede Seite blieb bei ihrer Meinung. Die Ukraine besteht auf der Erfüllung ihrer Forderungen, Russland empfiehlt die Aufnahme eines direkten und gleichberechtigten Dialogs zwischen Kiew, Donezk und Lugansk. Die Volksrepubliken beharren auf ihrer Vision des Sonderstatus. Die OSZE findet unter diesen Bedingungen keinen Ausweg aus der Situation.

Sachartschenko teilte am Mittwochabend mit, dass ein Erlass zur Durchführung der Regionalwahlen am 18. Oktober unterzeichnet worden sei. Zugleich betonte er, dass die Wahlen das Ende des Prozesses des staatlichen Aufbaus der Volksrepublik Donezk kennzeichnen werden.

Kiew reagierte mit drastischen Worten auf diese Nachricht. Laut den ukrainischen Behörden hat Russland den Chefs der Volksrepubliken die Beschlüsse diktiert, um die Minsker Vereinbarungen zu untergraben. Präsident Petro Poroschenko sprach von einer großen Gefahr, die der Beschluss über „Fake-Wahlen“ verursacht. Er rief den Westen dazu auf, deswegen die Sanktionen zu verschärfen.

Die ukrainischen Behörden kündigten am Mittwochabend weitere Sanktionen gegen 388 Personen und 105 Unternehmen an, denen die Förderung der Angliederung der Krim und die Destabilisierung der Lage im Donezbecken vorgeworfen wird. Es handelt sich um Einreiseverbote, Kontensperrungen u.a. Auf dieser Liste stehen rund 30 Banken, die russischen Fluglinien Aeroflot, Transaero, Ural Airline, Rüstungs-, Schiffsbau- und Telekommunikationsunternehmen.

Bislang ist unklar, wie sich der Westen in dieser Situation verhält. Die UNO, die PACE, mehrere andere Organisationen und einzelne Länder verurteilten den Beschluss der Volksrepublik Donezk, im Alleingang Wahlen abzuhalten. Doch im Unterschied zu den ukrainischen Behörden beeilt sich der Westen auf offizieller Ebene nicht, Moskau für diese Entwicklung verantwortlich zu machen.

Dnr-news.com: Die Schulen der Donezker Volksrepublik haben mehr als 90.000 Bücher aus dem 38. russischen humanitären Konvoi erhalten. Dies wurde heute vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft der DVR gemeldet.

"Am 17. September hat der Konvoi des russischen Ministeriums für Katastrophenschutz 20.460 Sätze für die 5. Klasse, 18.708 Sätze für die 6 Klasse, 18 476 Sätze für die 7. Klasse, 18.354 Sätze für die 8. Klasse, 18 604 Sätze für 9 Klassen gebracht. Die Lehrbücher für Schüler der Klassen 5-9 werden durch Bildungsorganisationen verteilt werden", hieß es aus dem Bildungsministerium.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-09/thumbs/1442564832_12.jpg

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Die schwarze Liste der ukrainischen Behörden mit Personen, denen Verbrechen gegen die Ukraine vorgeworfen werden, sorgte weltweit für Kopfschütteln und Verwunderung, schreibt die „Rossijskaja Gaseta“ am Freitag.

Der Sanktionen-Cocktail des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko umfasst 388 Personen aus 24 Ländern und 105 Unternehmen. Dazu gehören nicht nur Politiker und russische und ausländische Journalisten, sondern auch Landwirtschaftsdozenten und Don-Kosaken.

Das russische Außenministerium bestellte am Donnerstag den interimistischen Geschäftsträger der Ukraine in Russland, Ruslan Nimtschinski, ein, um seinen Protest gegen die Maßnahmen der Behörden in Kiew zu übermitteln. „Moskau hat das Recht, mit ausführlichen Erklärungen in Bezug auf diesen Beschluss zu rechnen, den wir als verabscheuungswürdig bezeichnen. Diese Provokationen Kiews fördern nicht die Normalisierung der russisch-ukrainischen Beziehungen und untergraben die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar“, sagte die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa.

Die Liste enthält auch mehrere Fehler. Auf der Liste stehen beispielsweise Verstorbene, wie der Aufständische des Donezbeckens Alexej Mosgowoi, sowie Pseudonyme von Journalisten. Demnach erstrecken sich die Sanktionen auf die Journalisten der lettischen Zeitung „Westi Segondja“ Eduard Eldarow, Wladimir Butscheljnukow, Erika Rugalsjkaja und der ehemalige lettische Abgeordnete Nikolai Kabanow. Von diesen ist nur Kabanow eine reale Person. Die anderen Namen sind Pseudonyme.

Auf der schwarzen Liste stehen zudem drei Moskau-Korrespondenten der BBC, ein Korrespondent der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“ und ein Journalist des spanischen Blatts „El Pais“.

Der EU-Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, betonte, dass das Verhalten der ukrainischen Behörden nicht dem europäischen Geist entspreche. Die Sanktionen gegen Journalisten verurteilte auch die OSZE, wobei betont wurde, dass solche Handlungen eine ernsthafte Bedrohung für Journalisten bei der

Ausübung ihres Berufs seien. „Die Einführung von umfassenderen Einschränkungen, die eine freie Bewegung der Journalisten behindert, ist kein Weg zur Gewährleistung der Sicherheit“, sagte die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatović.

Dan-news.info: Die politischen Kräfte der DVR, die an den Parlamentswahlen teilgenommen haben, haben automatisch das Recht an den bevorstehenden Wahlen zu den örtlichen Organen teilzunehmen. Ein entsprechendes Dokument der Zentralen Wahlkommission wurde auf der Seite des Ministerrats der DVR veröffentlicht.

„Gesellschaftliche Organisationen, die als Teilnehmer der Wahlkampagne für die Abgeordneten des Volkssowjets registriert sind, werden als registriert für die Wahlen der örtlichen Oberhäupter angesehen“, heißt es in der Entscheidung der Zentralen Wahlkommission über die Ordnung der Registrierung gesellschaftlicher Organisationen. So sind automatisch die gesellschaftlichen Organisationen „Donezkaja Respublika“ und „Swobodnyj Donbass“ für die Teilnahme an den Wahlen für die Oberhäupter der Städte und Bezirke der DVR registriert.

Nach Entscheidung der zentralen Wahlkommission müssen für die Registrierung von Teilnehmern der Wahlkampagne zu den Wahlen der örtlichen Oberhäupter in der DVR der Kommission Anträge unter Vorlage der persönlichen und Kontaktdaten des Kandidaten, eines Dokuments über die Registrierung der gesellschaftlichen Organisation, eines Auszugs aus dem Protokoll der allgemeinen Versammlung über die Entscheidung, an den Wahlen teilzunehmen, erfolgen.

„Die Antragsteller können sein: Leiter einer gesellschaftlichen Organisation oder eine andere Person, die das Recht hat, in Entsprechung mit dem Gründungsdokument dieser Organisation ohne weitere Vollmacht in ihrem Namen zu handeln“, heißt es in dem Dokument. „Außerdem eine Person, deren Vollmacht zur Vertretung der Interessen eines gesellschaftlichen Organisation durch Entscheidung ihrer leitenden Organe oder einer Konferenz vorgesehen ist“.

Die Dokumente für die Registrierung können die Antragsteller vom 16. bis einschließlich 22. September 2015 der Zentralen Wahlkommission vorlegen.

De.sputniknews.com: Die Verteidigungsminister Russlands und der USA, Sergej Schoigu und Ashton Carter, haben bei ihrem Telefongespräch am Freitag die Wiederherstellung von Kontakten zwischen ihren Ämtern konstatiert.

Wie der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, mitteilte, „wurde dabei vereinbart, Konsultationen fortzusetzen“.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben die Erkundung der Positionen der Milizen der LVR aktiviert. Dies erklärte heute der stellvertretende Leiter des Stabs der Volksmiliz der LVR Igor Jaschtschenko.

„Trotz der scheinbaren äußeren Ruhe entlang der gesamten Kontaktlinie hat unsere Aufklärung eine wachsende Aktivität von Gruppierungen des Gegners festgestellt, die Versuche unternehmen, die Stationierungsorte der Abteilungen der Volksmiliz zu erkunden“, sagte er.

Weiter erklärte er, dass „auf dem Hintergrund unbestreitbarer Tatsachen, die vom Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination von Fragen des Regimes der Feueinstellung und der Stabilisierung der Situation festgestellt wurden, die ukrainische Regierung wie zuvor ihr Volk und die Weltöffentlichkeit täuscht, indem sie behauptet, dass die Ukraine genau die Minsker Vereinbarungen erfüllt“.

Außerdem verbreiten ukrainische Massenmedien weiterhin offensichtlich falsche Informationen und beschuldigen die Soldaten der DVR und der LVR der Verletzung des

Regimes der Feuereinstellung.

„Ich bitte darum, sich vorsichtig gegenüber derartigen Informationen zu verhalten und nicht auf Provokationen hereinzufallen, die durch Kiew aufgebaut werden“, fügte der Oberst hinzu.

De.sputniknews.com: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat den Beschluss des Sicherheits- und Verteidigungsrates (SNBO) der Ukraine, laut dem sechs europäische Journalisten von der kürzlich beschlossenen Sanktionsliste gestrichen werden, per Erlass in Kraft gesetzt.

Das Dokument wurde am Freitag auf der Webseite des Präsidenten veröffentlicht.

Wie der SNBO am Donnerstag bekanntgegeben hatte, werden die einschränkenden Maßnahmen gegen Anton Chicherov, Emma Wells und Steve Rosenberg aus Großbritannien, Manuel Angel Sastre, Jose Manuel Lopez und Antonio Pampliega aus Spanien sowie gegen den Deutschen Michael Rutz aufgehoben.

Die Sanktionsliste gilt ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Präsidentenerlasses.

Dan-news.info: Drei zivile Einwohner sind heute in der Nähe von Marjinka westlich vom Petrowskij-Bezirk von Donezk auf eine Mine geraten, teilte heute der stellvertretende Leiter der Bezirksverwaltung des Petrowskij-Bezirks Sergej Tschub mit.

„Etwa um 10 Uhr morgens ist eine Familie im Bereich von Marjinka auf eine Mine geraten, Vater und Mutter, Geburtsjahr 1972, und ein Sohn Geburtsjahr 1992. Sie erlitten Splitterverletzungen, sind im Krankenhaus, ihr Zustand ist stabil.“

Tschub unterstrich, dass der Vorfall auf von den ukrainischen Streitkräften kontrolliertem Territorium erfolgte, aber die Verletzten wurden von Krankenwagen der DVR aufgenommen und in das Krankenhaus Nr. 14 des Petrowskij-Bezirks gebracht.

Dan-news.info: Die DVR versorgt die Bewohner von mehrstöckigen Häusern, die aufgrund von Zerstörungen durch Kampfhandlungen nicht mehr genutzt werden können, mit neuen Wohnungen in mehrstöckigen Häusern. Dies teilte heute der Pressedienst des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR mit.

„Mehrstöckige Häuser, die sich in Staatseigentum befinden und zu 70 bis 90% fertig sind, werden mit unseren Kräften zu Ende gebaut. Dorthin werden mit der Zeit die Bewohner umgesiedelt, die ihre Wohnungen durch die Kämpfe verloren haben.“

Das Ministerium teilte mit, dass der Generalauftragnehmer schon mit der Untersuchung der ersten sechs Häuser begonnen hat. Sie liegen in Donezk, Makejewka, Gorlowka, Debalzewo und Junokommunarska (in der Nähe von Jenakiewo). Insgesamt sollen für Umsiedler 304 Wohnungen vorbereitet werden bzw. 16615 Quadratmeter Wohnraum.

Die Wohnungen sollen bis Mai 2016 bezugsfertig sein.

De.sputniknews.com: Serbien bedankt sich für den Beistand aus Russland bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems, wie der serbische Botschafter in Moskau, Slavenko Terzić, am Freitag Journalisten sagte.

„Serbien bedankt sich bei Russland, das uns nicht mit Worten, sondern mit Taten hilft“, so der Botschafter. Russland habe Zelte, Wassertanks, Bettdecken sowie Heizgeräte zur Verfügung gestellt.

„Dank dieser Hilfe aus Russland können 800 bis 1000 Flüchtlinge untergebracht werden, nämlich im Süden und im Norden des Landes.“

Vor dem Hintergrund der Grenzschließung mit Ungarn und Kroatien ruft Serbien internationale Organisationen und in erster Linie die EU und die Uno auf, sich mit der

Flüchtlingsangelegenheit dringend zu befassen.

Das Problem sollte nicht nur im Rahmen der EU, sondern auch in den Ländern gelöst werden, aus denen die Menschen fliehen, so der Botschafter.

Nach seinen Angaben waren in den zurückliegenden vier Monaten 140 000 Flüchtlinge über Serbien in die EU eingereist.

Dan-news.info: An den Generalstaatsanwalt des Königreichs Niederlande F. Westerbeke
Wir wenden uns an Sie in Zusammenhang mit einem Problem, das direkt die Qualität der Ermittlungen der Umstände des Absturzes der malaysischen Boeing am 17. Juli 2014 betrifft. Wir halten es für notwendig die niederländische Seite zu informieren, dass nach der offiziellen Beendigung der Arbeit der internationalen Experten zur Suche und zum Einsammeln von Trümmern des Flugzeugs auf dem Territorium der DVR sich weiterhin eine große Zahl von Fragmenten des malaysischen Flugzeugs befindet.

Unsere mehrfachen Versuche, die Aufmerksamkeit der internationalen Kommission zur technischen Ermittlung auf das Vorhandensein von Fragmenten des Flugzeugs in der DVR zu lenken, hatten keinen Erfolg.

Unter Beachtung der außerordentlichen Wichtigkeit dieses Moments hat der Generalstaatsanwalt der DVR die Entscheidung getroffen, eine Sammlung der zurückgebliebenen Trümmer zu organisieren und auch ihre Aufbewahrung abzusichern. Derzeit ist der Prozess des Einsammelns praktisch abgeschlossen und wir drücken unsere Bereitschaft aus, die Fragmente offiziell der niederländischen Seite zu übergeben, weil wir von der bedingungslosen Notwendigkeit überzeugt sind, dass diese zu den Ermittlungsmaterialien kommen.

Gleichzeitig sind wir gezwungen festzustellen, dass von unbekannt Personen, die sich als Mitglieder der OSZE-Mission vorstellen, Versuche unternommen werden, Trümmer nicht sanktioniert einzuziehen, darunter bei Einwohnern, um diese Fragmente in der Folge verdeckt vom Territorium der Republik wegzubringen.

Nach unserer Auffassung sind derartige Versuche unbekannter Personen möglicherweise auf einen Austausch oder eine Verwendung der Trümmer gerichtet, die die wichtigsten sachlichen Beweismittel in der genannten Sache sind, das heißt auf eine Fälschung der Ergebnisse der gesamten Ermittlung.

Da wir es nicht für möglich halten, eine solche Entwicklung der Ereignisse zuzulassen, wendet sich die Generalstaatsanwaltschaft der DVR mit dem Aufruf an die niederländische Seite, offizielle Vertreter der gemeinsamen Ermittlungsgruppe an den Absturzort zu schicken und offiziell bei uns die vorhandenen Trümmer entgegen zu nehmen.

Von unserer Seite aus garantieren wir unsere vollständige Unterstützung, darunter auch in der Frage der Sicherheit.



<http://dnr->

[news.com/uploads/posts/2015-09/1442586576_1153027302-1.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-09/1442586576_1153027302-1.jpg)

Dan-news.info: In der Zeit vom 12. bis zum 18. September wurden 16 Einwohner der DVR von den ukrainischen Truppen festgenommen oder sind vermisst, dies teilte der Apparat der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa mit.

Nach den letzten Angaben der Bevollmächtigten für Menschenrechte der DVR werden von der ukrainischen Seite 1212 Menschen festgehalten, darunter 454 Soldaten, 561 politische Gegner der Führung der Ukraine sowie 197 weitere Zivilisten, die keinerlei Beziehung zum Konflikt haben. Außerdem sind 399 Menschen vermisst.

De.sputniknews.com: Mindestens 8000 Menschen sind laut den jüngsten UN-Angaben bislang bei den Kämpfen zwischen Regierungsarmee und Milizen in der Ostukraine getötet worden. Beim Gros der Opfer handelt es sich um Zivilisten.

Die meisten seien durch Artilleriebeschuss in Wohnvierteln getötet worden, teilte Christof Heyns, UN-Sonderberichterstatter zu extralegalen und willkürlichen Hinrichtungen, am Freitag mit...

Abends:

Lug-info.com: Die Ermittlungen in der Strafsache zum Mord am Kommandeur des 4. Bataillons der territorialen Verteidigung der LVR Alexej Mosgowoj und weiteren sechs Personen gehen weiter. Dies teilte heute auf der Plenarsitzung des Volkssowjets der stellvertretenden Generalstaatsanwalt der LVR Alexandr Taranskij mit.

„Die Ermittlungen zu dieser bekannten Strafsache gehen weiter. Sie befindet sich in der Bearbeitung der Ermittlungsabteilung im Bezug auf den militärischen Bereich der Generalstaatsanwalt der LVR“, sagte er.

Dan-news.info: Die OSZE-Mission ist beunruhigt über den Zustand der Wasserversorgungssysteme im Bereich der Kontaktlinie im Donbass im Hinblick auf die bevorstehende Heizsaison. Dies erklärte heute auf einem Treffen mit Journalisten die Leiterin des Donezker Büros der Beobachtermission Olga Skripowskaja.

„Wir sind außerordentlich beunruhigt darüber, dass in der bevorstehenden Winterperiode das zentrale Heizungssystem möglicherweise nicht funktioniert aufgrund von Beschädigungen“, sagte sie, ohne anzugeben, von welchen Ortschaften die Rede ist. „Die Wasserleitungen sind ohnehin reparaturbedürftig, sie wurden durch Beschüsse beschädigt. Die Funktionalität der Wasserpumpen ist abgesunken, dies ist durch Beschüsse der elektrischen Systeme hervorgerufen“.

Nach den Worten Skripowskajas hält es die OSZE-Mission in diesem Zusammenhang für notwendig, möglichst bald den Abzug von schweren Waffen von der Kontaktlinie abzusichern sowie eine Stationierung von Militärtechnik in der Nähe von Infrastrukturobjekten zu vermeiden.

De.sputniknews.com: Der ukrainische Regierungschef Arsenij Jazenjuk hat die EU-

Kommission dazu aufgefordert, zu verhindern, dass der Regierung in Kiew Milliarden von Dollar entgehen. Dafür solle Brüssel den Ausbau der russischen Ostsee-Pipeline (Projekt Nord Stream 2), die den Status der Ukraine als Gas-Transitland gefährdet, platzen lassen. „Ich hoffe, dass unsere westlichen Partner, in erster Linie die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten den Plan der Russischen Föderation, die Ukraine um ihr Transitpotenzial und um Milliarden von Dollar zu bringen, vereiteln werden“, sagte Jazenjuk am Freitag in der Werchowna Rada (Parlament).

Der russische Lieferant Gazprom und seine europäischen Partner (E.ON, BASF-Tochter Wintershall, OMV, Shell, Engie) hatten sich Anfang September auf den Bau einer zweiten Gaspipeline durch die Ostsee direkt von Russland nach Deutschland abseits der instabilen Ukraine geeinigt. Die Jahresleistung ist mit 55 Milliarden Kubikmetern geplant. Das Projekt, das Deutschland zum größten Gasverteiler in Europa machen soll, stößt in der Ukraine auf scharfe Kritik. Bisher nutzt die Kiewer Regierung den Transitstatus zum Verdienen und als Druckhebel gegen Russland. Laut Premier Jazenjuk würden Kiew durch die neue Pipeline zwei Milliarden Dollar Transiteinnahmen entgehen.

Dan-news.info: Die OSZE-Mission hält die Abteilungen der ukrainischen Truppen für ein Hindernis für die Sicherung der normalen Wasserversorgung der Einwohner der DVR. Dies erklärte heute gegenüber Journalisten die Leiterin des Donezker Büros der Beobachtermision Olga Skripowskaja.

„Die Anwesenheit von bewaffneten Gruppen und der ukrainischen Streitkräfte, von Minen und nicht explodierten Geschossen ist neben dem schlechten Zustand der Straßen ein Hindernis für den Zugang zu den Brunnen und für den Erhalt von angeliefertem Wasser für die Einwohner“, sagte sie.

Nach ihren Worten ist es im Zusammenhang damit „wegen der Beschüsse nicht möglich Reparaturarbeiten durchzuführen“. „Unsere Mission unterstützt lokale Feueereinstellungen, damit es die Möglichkeit gibt, Reparaturarbeiten an Teilstücken des Wasserversorgungssystems durchzuführen“, fügte sie hinzu.

Dnr-online.ru: Mitteilung des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR bleibt vergleichsweise ruhig. Aber die ukrainischen Truppen destabilisieren weiterhin die Situation um die Republik, indem sie demonstrativ das Regime der Feueereinstellung verletzen, das von Kiew garantiert wurde.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte siebenmal das Regime des Waffenstillstands verletzt. Unter Anwendung von Panzern, Granatwerfern und Schusswaffen wurde Staromichajlowka beschossen, das Feuer kam aus dem Gebiet von Newelskowa und Krasnogorowka. Auch wurde gestern vom von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium aus mit Schusswaffen Spartak beschossen. Die ukrainischen Truppen feuerten aus dem Gebiet des Lüftungsschachts des Butowka-Bergwerks. In den letzten 24 Stunden wurden auf das Territorium der DVR 24 Panzergeschosse und 13 Granatgeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen.“

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert in Verletzung der Minsker Vereinbarungen weiterhin Personal, Waffen und Militärtechnik entlang der Abgrenzungslinie.

„Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR hat vorbereitete Artilleriepositionen im Gebiet von Weselyj Gaj bemerkt. Im Gebiet von Wodjanoje führt das Kommando der ukrainischen Streitkräfte eine Rotation der Abteilungen der 13. einzelnen mechanisierten Brigade durch und konzentriert Militärtechnik“, sagte Basurin.

Eduard Basurin unterstrich auch, dass die OSZE-Mission weiterhin größtenteils Verletzungen der Regeln des Abzugs schwerer Waffen durch die ukrainischen Truppen feststellt. „Im Bericht der OSZE-Mission für den 16. September ist veröffentlicht, dass in den Orten des Abzugs von schweren Waffen eines Kalibers über 100mm das Fehlen von drei Artilleriegeschützen

2S3 „Akazija“ und eines Artilleriesystems 2S1 „Gwosdika“ der Streitkräfte der Ukraine entdeckt wurde.“

Zum Schluss rief Eduard Basurin das Kommando der ukrainischen Streitkräfte auf, von ständigen Provokationen in Beziehung auf den Donbass Abstand zu nehmen, und die Soldaten der Ukraine zur vollständigen Einhaltung des Regimes der Feueinstellung.